

## **Amtliche Bekanntmachung**

**der**

**Stadt Schongau**

**bzgl. des Inkrafttretens des Bebauungsplans**

**Nr. 76 Gewerbegebiet „ehemaliges Deponiegelände“**

Der Stadtrat der Stadt Schongau hat mit Beschluss vom 29.07.2014 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplans Nr. 76 Gewerbegebiet „ehemaliges Deponiegelände“ bestehend aus Bebauungsplanteil, Textteil, Begründung mit Umweltbericht und der Behandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen in der Fassung vom 22.07.2013 als Satzung beschlossen. Der beiliegende, mit veröffentlichte Lageplan ist Bestandteil dieser Bekanntmachung.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplans Nr. 76 Gewerbegebiet „ehemaliges Deponiegelände“ in Kraft. Jedermann kann den Bebauungsplan mit Textteil, der Begründung mit Umweltbericht, der Behandlung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und den Ergebnissen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, die in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, im Rathaus, Münzstraße 1-3, II. Stock links, Stadtbauamt, Zimmer 20 während der üblichen Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Stadt Schongau geltend gemacht worden sind. Bei der Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des §§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach §§ 39 bis 42 eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von 3

Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.



Schongau, 31.07.2014

*Falk Sluyterman van Langeweyde*

Falk Sluyterman van Langeweyde  
Erster Bürgermeister



Ausgehängt am 01.08.2014 *Jil*  
Abgenommen am 19.08.2014 *20.8.2014*

*Behandlungsmöglichkeit*